

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1830

9.12.1830 (Nr. 341)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 341. Donnerstag, den 9. Dezember 1830.

Badischer Geschichtskalender.

Kaiser Maximilian hatte im Jahr 1495 das Reichsgericht in Frankfurt eröffnet, und ernannte den Grafen Friedrich Hohenzollern zum Kammergerichtspräsidenten. Dieser übergab diese höchste Reichswürde am 9. Dez. 1496 dem Markgrafen Jakob von Baden, Koadjutor und designirtem Nachfolger in dem Erzstifte und Kurfürstenthum Trier.

Baden.

Karlsruhe, den 8. Dez. Bei der heute statt gehaltenen Wahl der Wahlmänner wurden für den 1sten Bezirk folgende Wähler ernannt:

1) Oberbürgermeister Klose, 2) Kaufmann Griesbach, 3) Senator Goll, 4) Geh. Rath und Stadtdirektor Baumgärtner, 5) Gastgeber Leipheimer, 6) Bürgermeister Zeuner, 7) Kaufmann Schmieder, 8) Finanzrath Rutschmann.

Frankreich.

Pariser Börse vom 3. Dezember.

Zu Anfang der heutigen Börse zeigte sich ein ziemliches Steigen der Fonds; man schrieb es der Bestätigung der Neuigkeit zu, daß Frankreich und England eine Offensiv- und Defensiv-Allianz geschlossen hätten. Der Gedanke aber, daß ein Vertrag derart einige Gewißheit eines Kontinentalkrieges vermuten lasse, und daß übrigens Frankreich in den Abschlüssen von Offensiv- und Defensiv-Allianzen nicht sehr glücklich sey, ließ den Kurs wieder sinken. Die 3proz. von 62, 35 auf 62, 45. Die 5proz. von 91, 50 auf 91, 95. Die Dukati von 64, 30 auf 64. Die ewige Rente schloß sich zu 46.

Das Fallen fand nach der Börse statt, wo man 3proz. nur zu 62, 20 verlangte. Die Bankaktien sind stets im Sinken.

Pariser Börse vom 4. Dez.

Die Geschäfte wurden sehr schläfrig betrieben; übrigens stiegen alle Fonds um etwas, und schlossen beinahe zu gleichen Preisen wie gestern. Die 3proz. von 62, 10 auf 62, 40. Die 5proz. von 90, 80 auf 91, 25. Die Dukati von 63, 75 auf 64. Die ewige Rente schloß zu 45 $\frac{1}{2}$.

Sitzung der Pairskammer vom 3. Dez.

Fernere Diskussion über die Eidesverweigerung einiger Pairs von Frankreich. Die Kammer nimmt den Vorschlag der Kommission an, und nimmt Hr. von Croussel auf.

An der Tagesordnung ist ein Bericht des Hrn. v. Brogne im Namen der Kommission zur Prüfung des in der Deputirtenkammer angenommenen Gesetzeswunsches über die Tagblätter. Der Hr. Berichterstatter schildert den

leidenden Zustand der Journale in Betreff der auf ihnen haftenden Lasten. Von 80 Fr. Abonnementspreis bleiben nur 16 Fr. für Redaktion, Korrespondenz, Komposition und Bürgschaft. Zur Deckung der Kosten würden 10,000 Abonnenten erfordert; nun aber gelangen nicht zwei Journale zu solchem Erfolg; mehrere haben nur 3000, 2000, ja 1000 Abonnenten. Daherachtet der Vermehrung der Journale und der Abonnenten leidet die Presse in der That durch Vergrößerung der Formate unfänglich wurden die Lasten durch die Anzeigen erleichtert. Nun aber liegt der Handel darnieder, und die Anzeigen haben fast aufgehört. Die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Pairskammer macht neue Kosten notwendig. Der Hr. Berichterstatter prüft die lästigen Stempel- und Postgebühren, die Vorbeugungsmaaßregel der Bürgschaft, und endigt seinen Bericht, indem er einen neuen Gesetzesvorschlag vorträgt, welcher einen Theil der Bürgschaft und der Stempelgebühren vermindert.

Sitzung der Pairskammer vom 4. Dez.

Die Pairskammer beschäftigte sich mit dem Gesetzesvorschlag hinsichtlich der Ausübung von Verhaftung wegen Schulden gegen die Mitglieder der Pairskammer. — Sie nimmt nacheinander die verschiedenen Artikel, so wie die, welche von der Kommission vorgeschlagen worden, an.

Sitzung der Deputirtenkammer vom 3. Dez.

An der Tagesordnung ist die Erörterung des Entwurfs in Betreff der öffentlichen Ausrücker und Affischierer. Nach kurzer Berathschlagung nimmt die Kammer den Gesetzesentwurf, so wie er von der Kommission abgeändert worden, mit einer leichten Abfassungsänderung an.

Ferner ist an der Tagesordnung der Bericht über das Nationalgardien-Gesetz. — Der Berichterstatter, Hr. Karl Dupin, kündigt an, die Kommission habe die drei ihr unterworfenen Gesetzesentwürfe in einen einzigen verschmolzen. Sie hat bei ihrer Arbeit die Grundsätze angenommen, die im Jahr 1790 der Bildung der Nationalgarde zum Grunde lagen. Ihr Zweck ist, sagt Hr. Dupin, 1) Gehorsam, die Gesetze zu handhaben, die öffentliche Ordnung zu bewahren oder nöthigenfalls herzustellen; 2) das Gebiet und die National-Unabhängigkeit, das heißt, das Eigenthum des Vaterlandes selbst, und den wichtigsten Theil aller gesellschaftlichen Rechte

thümer, das Eigenthum unserer Geseze und Freiheiten unverfehrt zu bewahren.

Zur Erfüllung dieser Pflicht beruft das Vaterland, je nach ihrem Alter, ihren Kräften und Fähigkeiten, alle Franzosen von 20 bis 60 Jahren; in diesem Falle sind nunmehr 8,210,000 Mann; das Viertel der Bevölkerung. (Eindruck.) Die Pflichten und Rechte dieser 8,210,000 Mann betraf demnach unsere Prüfung, be- trifft Ihre Stimmgabe. Die Aufmerksamkeit, die so wichtige Interessen uns geboten haben, erklärt Ihnen, warum Ihre Kommission auf deren vorläufige Arbeiten so lange Zeit verwan- det.

Sie hat sogleich anfangs den Unterschied zwischen beweglicher und sesshafter Nationalgarde aufgehoben. Da die Nation nur Eine ist, so soll es nur Eine, den nämlichen Vorschriften unterworfenen Nationalgarde geben. Unter den vom Nationalgardendienst ausgenommenen Klassen von Personen nennt Hr. Dupin, wie der Entwurf, die Seminaristen und andern Geistlichen. Die entlassenen oder retirirten Offiziere, wenn sie dienstfähig sind, können die den dienstthätigen Militärs bewilligte Ausnahme nicht in Anspruch nehmen.

Der Redner bezeichnet hierauf einige von der Kommission vorgeschlagene Modifikationen; unter den wichtigsten ziehen wir diejenige aus, welche das Alter der Nationalgarden, die zur Vertheidigung der Gränzen können berufen werden, auf 35 Jahre festsetzt.

Sitzung der Deputirtenkammer vom 4. Dez.

Hr. von Mornay liest folgenden Vorschlag ab: „Im Fall eines Kriegs, trägt der Staat die zur Vertheidigung des Landes verordneten oder durch den Feind verursachten Schaden.“ Hr. von Mornay wird diesen Vorschlag MontagS entwickeln.

Hr. General Lamarque, Berichterstatter der Kommission zur Prüfung des Gesezvorschlags, welcher 80,000 Mann von der Klasse 1830 aufruft, hat das Wort. Er schlägt dessen Annahme vor. — Die Erörterung wird MontagS statt haben.

An der Tagesordnung ist die Erörterung des Vorschlags, welcher eine Gehaltbewilligung an die Bersther des israelitischen Kultus zum Gegenstand hat. Nach einer kurzen Erörterung wird der Vorschlag mit 211 Stimmen von 282 Stimmenden angenommen.

Der Hr. Präsident des RathS hat das Wort für eine Mittheilung der Regierung; er trägt ein provisorisches Gesez für die Steuererhebung während den ersten Monaten des Jahrs 1831 an, und zeigt an, daß die Verwaltung in wenigen Tagen die Arbeit, hinsichtlich der Zivilliste und des Budgets, vorseigen wird. Der H. Minister trägt zur nämlichen Zeit eine Ordonnanz in einem Artikel vor, welche den Gesezvorschlag über die Getränke zurücknimmt.

Die Kammer beschäftigt sich hierauf mit dem Bericht mehrerer Bittschriften, welche zu keiner Erörterung Anlaß geben.

Paris, den 5. Dez. Lord Granville wird Lord Stuart als englischen Gesandten in Paris ersen.

— Heute hatte der Generallieutenant Rogniac, in Begleitung des Hrn. Kriegsministers, die Ehre, von dem Könige empfangen zu werden, und Sr. M. mehrere Karten und Pläne vorzulegen. Diese Audienz dauerte beinahe 2 Stunden.

— General Berthezène ist von Algier zurück, und gestern in Paris angekommen.

— Mehrere Pariser Zeitungen enthalten ein von den Vertheidigern der ehemaligen Minister, den Herren von Martignac, Mandarouze-Bertamy, Hennequin, Sauzet und Cremieur, an die Redakteurs dieser Blätter gerichtetes Schreiben, in welchem sie dieselben bitten, jetzt, da die ernstlichen und feierlichen Debatten über den Prozeß dieser Minister beginnen, in ihren Berichten hinsichtlich desselben die strengste Unparteilichkeit zu beobachten. Auch ersuchen sie die Redakteurs aller öffentlichen Blätter, als die Lenker der öffentlichen Meinung, bei dem schwierigen Stande der Angeklagten, kein antizipirendes Urtheil zu fällen, sondern die Vertheidigung abzuwarten.

— Die französischen Blätter sind fast ausschließlich mit den Verhörprotokollen der gefangenen Minister, und mit dem in der Pairskammer erstatteten Bericht angefüllt. Von Letzterem werden wir einen Auszug liefern.

Großbritannien.

Der Standard, dasjenige Blatt, das zufolge allgemeiner Meinung die Mittheilungen von dem Marquis von Lansdown erhält, enthält folgende Stelle, die über den zwischen Frankreich und England stattgefundenen Allianztraktat eine ziemlich kategorische Erklärung einschließt: „Nach den Nachrichten vom Kontinente droht der Krieg. Der Gang, den England befolgen wird, ist schon bestimmt. Lassen wir die Mächte des Kontinents ihre Streitigkeiten ohne unsere Intervention abmachen; unsere Mission ist es nicht uns einzumischen. Was Belgien anbelangt, scheint es uns jetzt, da es für immer für Holland verloren ist, daß man seine Angelegenheiten durch versöhnende Mittel ordnen könne.“

— Der englische Courier vom 1. Dez. enthält einen hochwichtigen Artikel über die Dispositionen Frankreichs und Englands, im Falle ihre Bemühung zur Erhaltung des Friedens ohne Erfolg bliebe. Die französischen Journale vom Montag, sagt er, berichten von Kriegsrüstungen; dies sind augenscheinlich Vertheidigungs- und keine Angriffszurüstungen, denn es steht nicht zu erwarten, daß Frankreich erst dann Vorkehrungen treffen werde, wenn der Feind an der Gränze steht. Die erste Bewegung einer russischen, preussischen oder östreichischen Armee wird das Signal zum Aufbruche der französischen seyn. Wir denken übrigens nicht, daß die fremden Mächte im Ernste gegen Frankreich marschiren, denn dies hieße zugleich gegen England angehen. Obgleich wir uns hier der Betrachtung über die Möglichkeit rein zukünftiger Fälle überlassen, müssen wir doch beifügen, daß die Eintracht, die zwischen allen Kabinetten Europa's herrscht, jede mögliche Versicherung für den Frieden darbietet.

Niederlande.

Brüssel, den 3. Dezember. In der Sitzung des Nationalkongresses vom 2. d. zeigte Hr. Wandeweyer an, daß Hr. Cartwright nach dem Haag abgereist sey, um die Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes zu bewirken. — Eine von 13 angesehenen Kaufleuten aus Antwerpen unterschriebene Eingabe legt dem Kongreß die Frage vor, ob die Blokade von Antwerpen nicht aufgehoben werde. — Hr. Dsy, Deputirter von Antwerpen, schlägt vor, von der provisorischen Regierung zu verlangen: 1) Mittheilung des Protokolls von London; 2) der Note der H. Cartwright und Bresson; 3) Beantwortung der Frage, ob die belgische Flagge von den Mächten und namentlich von Holland werde respektirt werden; 4) ob man zu Blicingen von den nach Antwerpen gehenden Schiffen Eingangsrechte verlangen werde; 5) einen Bericht über den Zustand der Finanzen. — Hr. Dsy entwickelt diesen Vorschlag. Er erklärt, die Mittheilung des Vertrags vom 30. Mai 1814 würde geeignet seyn, die Unruhe, die sich äußere, verschwinden zu machen. Es scheint daß der König von Holland einen Theil von Limburg, namentlich Maestricht und Venlo, ferner das linke Ufer der Schelde und Antwerpen, als Garantie behalten wolle, bis dahin, daß die definitive Uebereinkunft getroffen seyn werde. Zur Beruhigung des Handelsstandes müsse man die diplomatischen Noten dem Kongreß mittheilen. Der Redner besteht auf der Mittheilung des Protokolls vom 17. November d. J. und des Vertrags vom Jahre 1814, und verlangt die freie Schifffahrt der Schelde. — Hr. Wandeweyer tritt auf, um ihm zu antworten, und erklärt, daß die Schifffahrt der Schelde dem Rechte und der That nach frei sey; daß man über diesen Punkt in keine Erörterung eingehen müsse; daß man in der Diplomatie so wenig wie in der Politik das in Frage stellen müsse, was außer aller Frage sey. Er erklärt, daß die Note vom 17. Nov. nicht vorgelegt werden könne, denn die fremden Mächte würden sich nicht mehr auf Mittheilungen an ein Kabinet einlassen, das alle ihm gemachten Vorschläge der ganzen Welt mittheile. Alles was der Kongreß verlangen könne, sey die Oeffentlichkeit des Resultats der Konferenzen; aber er könne nicht den Konferenzen gemissermaßen selbst beiwohnen. Nach diesem nahm Hr. Dsy seine Motion in Betreff der 4 ersten Punkte zurück.

— Das Zentralkomitee der provisorischen Regierung Belgiens hat bei dem Pferdemangel der Armee, und in Betracht, daß der Mangel an Kavallerie der Armee sehr nachtheilig seyn könnte, beschlossen, daß jede Gemeinde zwei Pferde liefern, ausserdem ein Abgesandter der Regierung eine gleiche Anzahl kaufen solle, welche letztere den Verkäufern am 1. Juli 1831 bezahlt werde. Im Falle eine Gemeinde kein zur Kavallerie oder Artillerie taugliches Pferd liefern könnte, sollen sie auf Kosten derselben, in einer andern Gemeinde angekauft werden.

Braunschweig.

Die öffentlichen Blätter enthalten heute wieder ver-

schiedene Berichte über die braunschweigischen Angelegenheiten. So berichtet der Nürnberger Korrespondent:

Bom Main, den 2. Dez. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Herzog Karl von Braunschweig durch ausgestreute Proklamationen, in denen er dem Volk die größten Versprechungen macht, dasselbe zu seiner Herrschaft zurückzuführen sucht. Die Stimmung der Braunschweiger spricht sich jedoch allenthalben zu Gunsten des Herzogs Wilhelm aus, und dem Bernehmen nach hat auch der Bundestag so eben den Beschluß gefaßt, daß Letzterer die Regierung vorerst fortführen solle. Der in Braunschweig verhaftete Emissär des Herzogs Karl soll ein junger Edelmann aus Frankfurt seyn, der früher im Militärdienst stand, in seiner Vaterstadt aber nicht sehr vortheilhaft bekannt ist. Er hatte den Herzog auf seiner Reise begleitet.

— Der Hamburger Korrespondent sagt hierüber aus Braunschweig, vom 28. Nov. Des Herzogs Wilhelm Durchl. haben gestern das Schloß Richmond verlassen, und residiren jetzt, zu inniger Freude aller Einwohner Braunschweigs, im Bevernschen Palais. Unser Offizierskorps brachte dem geliebten Fürsten gestern Abend zum herzlichsten Willkommen eine glänzende Fackelmusik.

Bom 29. November.

Wichtige Ereignisse haben uns in diesen Tagen wieder überrascht, die Gemüther aufgeregert und die Bürger und Bürgergardisten zu Beinen gebracht. Schon in voriger Woche entstand bekanntlich ein blinder Lärm, würde aber durch Herzog Wilhelms Versicherungen und Hrn. Lobbbeck's umsichtige Maasregeln bald gestillt. Bald darauf verlautete jedoch, daß Herzog Karl die Regierungsvollmacht für seinen Herrn Bruder zurückgenommen, und die Absicht habe, durch Emissäre eine Reaktion im Lande zu seinen Gunsten zu bewirken.

— Unter diesen Vorgängen wurde am 23. d. M. Major von Erichsen, Ordonnanzoffizier des Herzogs Wilhelm, und der Hauptmann Dause, Ersterer nach London und Letzterer nach Wien, jedoch über Fulda und Frankfurt, um die etwaigen Vorkehrungen des Herzogs Karl zu beobachten, abgefertigt. Mit einem Male traf die Nachricht ein, daß auch der Ordonnanzoffizier des Herzogs Karl, Lieutenant von Garßen, in Seesen verhaftet, und von den dasigen Bürgergardisten, dem Advokaten Markwort und dem Fossier v. Griesheim, in der Nacht vom 25. Nov. eingebracht worden sey. Man fand indessen bei ihm keine Papiere von Wichtigkeit, ausser einem Avisobriefe in Geldsachen. Alsdann ward Hr. v. Garßen entlassen, mit dem Bedeute, sich auf das Gut Beinrode im Hannoverschen zurückzuziehen, nachdem sein spezieller Auftrag in seinen Depeschen, eine Zusammenkunft mit Sr. Durchl. dem Herzog Wilhelm zu veranlassen, gänzlich gescheitert war. Gleichzeitig ward nun auch von Seiten der Landstände der Landyndikus Pricelius nach Frankfurt abgefertigt. Bei diesen unablässig hin- und hergehenden Verhandlungen war es wohl um so beunruhigender, als man plötzlich erfuhr, daß schon in Ebrich aufrührerische Proklamatio-

nen durch Abgeordnete angeschlagen seyen, und im Namen des abwesenden Herzogs in denselben neue Aufstände unter dem Versprechen von zehnjährigem Abgabenerlaß, von Entlassung des Militärs und einer freien Verfassung nebst Jury — aufgefördert worden, indem der Herzog Karl die Regierung selbst wieder fortsetzen wolle. Allein in diesem Punkte sind die Unterthanen des braunschweigischen Landes über ihre wahren u. vorzüglichen Interessen so richtig aufgeklärt, und in ihren politischen Berathungen und Ansichten dermaßen fest u. einmüthig, daß keine Abweichung vom Wege der Ordnung und des Gesetzes je Eingang finden dürfte; und um dieses auf alle Art zu verhindern, haben die Militär- und Zivilbehörden die kräftigsten Maasregeln in der Nähe und Ferne ergriffen. Hierzu gehört die Verhaftung der angeblich in der geheimen Polizei Komplizirten Personen. Vorgestern Abend haben nämlich der Staatsrath Vosse, der Ersteuerdirektor Bernard, der Justizamtmann Groscurd, der Kammerrevisor Fuhr und die beiden geheimen Kanzlisten unter dem vormaligen Kanzleidirektor Bitter, Volkland und Ludwig, um sie bei den jetzigen Antrieben unschädlich zu machen, und die ihnen zur Last gelegten Verschuldigungen zu prüfen, Arrest erhalten. Der ohnweit Sorge am Harze verhaftete Baron Bender von Bienenenthal ist in lehrverflossener Nacht, unter Freudenbezeugungen des versammelten Volkes, gefesselt hier eingebracht und in den Augusthorstgefängnissen eingesperrt worden; wie es heißt, soll ihm sogleich der Prozeß gemacht werden. Herzog Karl hatte ihn zur Zeit seines Aufenthalts in London aus der Kingsbench erlöst, und jetzt zum Gouverneur des braunschweigischen Landes ausersehen. — Bei der Landschaft werden die Berathungen eifrig fortgesetzt, alle kundsgegebenen Wünsche der Unterthanen auf die freisinnigste Weise unterstützt. In Bezug auf die erwünschte Definitivität der landständischen Berathungen, die Verantwortlichkeit der Minister und wegen mehr Dessenlichkeit im Justizfache, sind geeignete Anträge in Umlauf, und werden bei der vollkommenen Einstimmigkeit und bei der gänzlich fehlenden Opposition in unserm politischen Leben, gewiß bald das erfreulichste Ergebnis zu Tage legen.

Wir erhalten so eben noch die Nachricht, daß Herzog Karl von Sr. Kön. Hoh. dem Kurfürsten zu Hessen die Weisung erhalten habe, Fulda und das hessische Gebiet innerhalb zwei Tagen zu verlassen. Der Herzog ist seitdem in Erfurt angelangt.

— Die allg. Stg. enthält oben erwähnte Proklamations des Herzogs Karl, die in der That nur Anarchie u. Unruhe bezwecken.

Karlsruhe. [Museum.] Nächsten Samstag, den 1. d., ist die dritte Abendunterhaltung im Museum. Der Anfang ist um halb 6 Uhr.

Karlsruhe, den 8. Dez. 1830.

Die Museumskommission.

Karlsruhe. [Besuch.] In einen hiesigen Gasthof wird auf Weihnachten eine gute Köchin gesucht. Zu erfragen im Zeitungs-Komtoir.

Karlsruhe. [Anzeige.] Lampenöl, Quinquetöl, ganz rein, ohne den geringsten Dampf zu verbreiten, ist billig zu haben bei Gustav Schmieder.

Karlsruhe. [Anzeige.] Bei Unterzeichnetem sind zu der am nächsten Januar 1831 statt habenden Ziehung der hessisch-darmstädtischen Partiaal 50 fl. Loose, worin die großen Preise von 50.000 fl., 10.000, 5000, 3000, 2mal 1000 und abwärts bis auf 60 fl. gewonnen werden, Loose zu verkaufen, und nach der Ziehung wieder anzubringen, wo auch das Schicksal der gewonnenen Loose alsdann zu erfahren ist. Briefe und Gelder werden portofrei erlassen.

Jac Samson Schweizer,
lange Straße Nr. 42.

Kork. [Gläubiger-Aufruf.] Wegen Nichtbefolgung der Verlassenschaft des verstorbenen Hrn. Oberpostmeisters E. L. E. Tribant von Dorf Kehl, werden auf der Interessenten Antrag alle diejenigen, welche an besagten Erblasser etwas Rechtmäßiges zu fordern haben, hiemit aufgefordert, ihre Ansprüche und Forderungen am

Montag, den 13. Dezember d. J.,

bei dem Theilungskommissär Bader in Stadt Kehl, entweder mündlich anzugeben, oder schriftlich einzureichen und gehörig zu begründen, ansonsten die Tribant'sche Verlassenschaft an die Erben ohne weiters ausgefolgt werden würde, und die nachkommenden Kreditoren keine Berücksichtigung mehr zu erwarten hätten.

Kork, den 10. Nov. 1830.

Großherzogliches Amtsrevisorat.
Nestler.

Laubersbischofsheim. [Schulden-Liquidation.] Alle, welche aus was immer einem Rechte einen Anspruch an den in Gant gerathenen Michael Sartorius jung von Werbachhausen zu machen haben, werden andurch aufgefordert, solchen

Dienstag, den 14. Dez.,

Morgens 9 Uhr, unter Nachweisung eines etwaigen Vorzugs, auf diesseitiger Amtskanzlei richtig zu stellen, ansonst sie zu erwärtigen haben, von der vorhandenen Aktivmasse ausgeschlossen zu werden.

Laubersbischofsheim, den 24. Nov. 1830.

Großherzogliches Bezirksamt.
Bach.

Säckingen. [Haus-Versteigerung.] Die zur Verlassenschaft des verlebten Handelsmanns Karl Stork gehörige Behausung dabier, das sogenannte große Schönau, sammt den dazu gehörigen Realitäten, wie sie in diesem Blatte lausenden Jahre Nr. 248, 250 und 252 beschrieben sind, werden

Montag, den 13. nächsten Monats Dezember,

früh 9 Uhr, einer nochmaligen Versteigerung ausgesetzt, und dabei das bereits erfolgte Gebot von 8750 fl. zum Ausrufungspreise angenommen.

Daß allenfallsige Steigerer sich über Zahlungsfähigkeit ausweisen müssen, und die Steigerungsbedingungen bei der Steigerungskommission eingesehen werden können, wird wiederholt hier bemerkt.

Säckingen, den 12. Nov. 1830.

Großherzogliches Amtsrevisorat.
Schumacher.